

## Protokoll der Parlamentssitzung

**Montag, 21. August 2006, 19.00 - 21.20 Uhr, Aula Primarschule Liebefeld**

Vorsitz: Hofer Niklaus, SVP

Anwesend:

Antenen Peter, parteilos	Matter Brigitta, SD
Arm Alfred, SP	Mooser Barbara, FDP
Balz Christian, FDP	Moser Hans, SVP
Berlinger Annemarie, SP	Oester Daniel, jfk
Bichsel Bernhard, jfk	Pestalozzi Hansueli, GB
Burren Christian, parteilos	Remund Jan, GFL
Caminada Ignaz, CVP	Rüegsegger Elisabeth, SVP
Egli Claudia, SP	Salvisberg Ueli, SVP
Fischli Liz, GB	Salzmann Christoph, SP
Graber Martin, SP	Schmid Hermann, SP
Gysel Hermann, EVP	Sidler Rita, SP
Hänni Thomas, FDP	Stähli Markus, parteilos
Henggi Harald, FDP	Staub Hugo, SP
Kohler Hanspeter, FDP	Staub Stephie, SP
Krebs Daniel, SVP	Stucki Mark, FDP
Lagger Valentin, CVP	Troxler Elsbeth, SP
Lehmann Stefan, SVP	Wyss Ursula, GFL
Mäder Anna, SP	Zwahlen Rolf, EVP
Maibach Urs, GB	

Entschuldigt: Bühler Evelyn, FDP  
Streiff Marco, EVP

Gemeinderat:

Mentha Luc, SP, Gemeindepräsident	Sedlmayer Katrin, SP
Wilk Urs, FDP, Vizepräsident	Streiff Marianne, EVP
Ackermann Judith, FDP	Studer Ueli, SVP
Haudenschild Rita, GB	

Parlamentssekretärin: Fehlmann Anita

Protokoll: Spahr Ruth

Geschäfte	Seite
<b>1. Protokoll</b> .....	132
<b>2. Neuwahlen Schulkommission Thörishaus / Nachtrag</b> Wahlen: Direktion Bildung und Soziales .....	132
<b>3. Teilrevision des Abfallreglementes</b> Reglement; Direktion Planung und Verkehr .....	132
<b>4. Motion Rohrbach/Lagger betr. Start Projektierung einer Ballsporthalle</b> Erstreckung der Erfüllungsfrist 0311; Direktion Bildung und Soziales .....	134
<b>5. Motion SP/JUSO-Fraktion betr. flexible Arbeitszeiten Exekutive</b> Erstreckung der Erfüllungsfrist 0402; Direktion Präsidiales und Finanzen.....	135
<b>6. Motion Kommission K2005 betr. notwendige Strukturanpassungen</b> Erstreckung der Erfüllungsfrist 0405; Direktion Präsidiales und Finanzen.....	136
<b>7. Motion CVP betr. Bau einer Ballsporthalle</b> Beantwortung 0526; Direktion Bildung und Soziales.....	138
<b>8. Motion Grüne Köniz betr. Luftreinhaltung geht alle an</b> Beantwortung 0603; Direktion Umwelt und Landschaft.....	139
<b>9. Interpellation Grüne Köniz betr. Gefährdung der Velofahrenden beim sanierten Bahnhof Moos</b> Beantwortung 0610; Direktion Planung und Verkehr .....	142
<b>10. Dringliche Interpellation Stucki (FDP), Maibach (Grüne GB/GFL) betr. Einflussmöglichkeiten des Gemeindeparlamentes im Rahmen der Agglomerationsstrategie</b> Beantwortung 0615; Direktion Präsidiales und Finanzen.....	144
<b>11. Verschiedenes</b> .....	147

## Begrüssung

**Der Parlamentspräsident:** Ich begrüsse euch herzlich zur heutigen Sitzung. Ich hoffe, ihr hattet alle erholsame Sommerferien und seid nun frisch gestärkt, um die zweite Hälfte des Parlamentsjahres in Angriff zu nehmen.

## Appell

Der Appell ergibt die Anwesenheit von 38 Parlamentsmitgliedern. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

## Mitteilungen

**Der Parlamentspräsident:** Mittels Nachversand wurden euch die beiden Protokolle der Sitzungen vom 19. und 26. Juni 2006 zugestellt sowie ein Weiterbildungsangebot für Behörden.

Die Traktandenliste wird genehmigt.

### 1. Protokoll

Das Protokoll vom 19. Juni 2006 wird genehmigt.

**Herr Valentin Lager (CVP):** Ich habe den Wunsch auf Ergänzung des Votums von Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer auf Seite 125 im Protokoll vom 26. Juni 2006. Ich bitte als zweitletzten Satz jene Worte einzufügen, die sie tatsächlich sagte: "Wir sind die Sache am Prüfen".

Mit der Ergänzung, als zweitletzten Satz: "Wir sind die Sache am Prüfen" einzufügen, wird das Protokoll vom 26. Juni 2006 genehmigt.

### 2. Neuwahlen Schulkommission Thörishaus / Nachtrag

Für die Amtsdauer vom 1. August 2006 bis 31. Juli 2010 wird als Mitglied der Schulkommission Thörishaus gewählt:

- Gruber-Moser Caroline, Grossweidweg 8, 3174 Thörishaus, parteilos, Sitzanspruch SP.

Der Parlamentspräsident erklärt die vorgeschlagene Kandidatin als gewählt und wünscht ihr alles Gute im neuen Amt.

### 3. Teilrevision des Abfallreglements

Reglement; Direktion Planung und Verkehr

**Herr Stefan Lehmann (SVP; GPK-Sprecher):** Da sich das Areal der Überbauung Weissenstein/Neumatt über die Grenze zwischen den Gemeinden Köniz und Bern zieht, geht es in diesem Geschäft um eine Grenzverschiebung in Sachen Abfallreglement. Es geht darum, die Abfallentsorgung des Überbauungskomplexes vollumfänglich der Gemeinde Bern zu übertragen, weil für die geplante unterirdische Kehrrichtentsorgung der Gemeinde Köniz die dazu notwendigen Fahrzeuge fehlen. Die Investitionen für deren Einrichtung wären jedoch sehr hoch. Die Gebühren werden durch die Gemeinde Bern eingezogen. In der GPK wurde die Frage der Rechtsgleichheit zwischen den Gemeinden Köniz und Bern aufgeworfen, dazu wird sich der Gemeindepräsident Luc Mentha noch äussern. Das Geschäft war in der GPK unbestritten. Sie nimmt zustimmend Kenntnis vom Bericht und empfiehlt dem Parlament einstimmig, der Teilrevision des Abfallreglements zuzustimmen. Ich gebe die Meinung der SVP-Fraktion bekannt: Sie wird dem Geschäft zustimmen.

## Eintreten

**Frau Elisabeth Troxler (SP):** Die SP-Fraktion wird dem Geschäft zustimmen, da die gemeindeübergreifende Zusammenarbeit sinnvoll ist. Ich komme auf die Kosten der Abfallentsorgung zu sprechen: Die jährlichen Kosten sind in der beiliegenden Übersicht für beide Gemeinden zusammengefasst und vergleichbar. Wir können den Unterlagen entnehmen, dass die Abfall-

entsorgung in der Gemeinde Bern etwas günstiger ist, was für die künftigen Bewohner und Bewohnerinnen der neuen Überbauung sicher von Vorteil ist. Allerdings könnten wir alteingesessenen Könizerinnen und Könizer etwas neidisch werden, weil wir ungefähr 24 Franken mehr Abfallgebühren bezahlen müssen. Ob dies jedoch als Grund ausreichen würde, einen Umzug in die Überbauung Weissenstein/Neumatt in Erwägung zu ziehen, bleibe dahingestellt. Es ist in unseren Augen wichtig, die angestrebte Harmonisierung der Kehrrechtgebühren in der Region Bern voranzutreiben und hier könnte Köniz mit den höheren Gebühren etwas anecken. Vielleicht ist die Gemeinde Köniz in dieser Hinsicht jedoch bereits aktiv.

### **Detailberatung**

**Herr Gemeindepräsident Luc Mentha:** Anlässlich der GPK-Sitzung wurden Fragen gestellt, die ich vor der Beantwortung durch den Rechtsdienst abklären liess. Zuerst wurde die Frage gestellt, ob es im Lichte des Datenschutzes zulässig sei, dass die Stadt Bern die Namen der Bewohner und Bewohnerinnen von Könizer Quartieren zur Kenntnis erhalte. Diese Frage kann mit Ja beantwortet werden, da es sich bei den Personendaten nicht um besonders schützenswerte Daten handelt und mit der Teilrevision des Reglements eine Rechtsgrundlage geschaffen wird. Die Bekanntgabe der Personendaten sei zulässig, weil es sich, gestützt auf Art. 3bis Abs. 2 litera c des Abfallreglements, um die Erfüllung einer gesetzlichen Aufgabe handle. Diese Personendaten können im Übrigen auch Telefonbüchern, Twixtel, etc. entnommen werden. Als Zweites wurde gefragt, ob eine Verletzung der Rechtsgleichheit gerügt werden könne. Das Fazit der Abklärung ist Folgendes: Die vorgesehene Gebührenregelung verletzt den verfassungsmässigen Anspruch auf rechtliche Gleichbehandlung nicht, weil damit eine unumgängliche sachliche Differenzierung vorgenommen wird. Wird die Gebühr im Einzelfall reglementskonform belastet, kann die Anwendung des Gebührenreglementes demzufolge nicht als Rechtsungleichheit bezeichnet werden. Die Unterscheidung, welche wir treffen, hat sachliche Gründe: In der Überbauung Neumatt/Weissenstein werden zentrale Abfallsammelstellen projektiert, die eine ganz bestimmte Art der Abfallentsorgung unumgänglich machen. Bei dieser Lösung wäre keine korrekte Anwendung der unterschiedlichen Gebührenreglemente möglich, da eine Kontrolle einzelner Abfallsäcke nicht durchsetzbar wäre. Deshalb musste man sich entscheiden und die Entscheidung, die Abfallentsorgung nach den Gebührenansätzen der Stadt Bern zu regeln, ist in dem Sinne eine begründete Unterscheidung.

**Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Ich danke für die positive Aufnahme des Geschäftes, das für beide Gemeinden eine klare Lösung darstellt. Die Zusammenarbeit zwischen beiden Gemeinden ist positiv und wie Stefan Lehmann erklärte, handelt es sich um eine Grenzverschiebung im Bereich der Abfallentsorgung. Die Stadt Bern bevorzugte von Anfang an die vorliegende Lösung, weil sie für diese Art Entsorgung über ein spezielles Fahrzeug verfügt. Anlässlich der GPK-Sitzung wurde ich gefragt, ob das Konzept innovativ sei und die Gemeinde Köniz etwas verpasse, wenn sie nicht über ein solches Fahrzeug verfüge. Ein solches Abfallentsorgungsfahrzeug kostet 350'000 Franken und kann nur bei auf diese Art konzipierten Abfallsammelstellen eingesetzt werden. Ich liess mir auch erklären, dass die Realisierung solcher Abfallsammelstellen nur bei Neubauten oder Umbauten mit genug Platz möglich ist. Diese neue Art Abfallentsorgung - die ich mit Vertretern unseres Werkhofes am Beispiel bei der Kunsthalle näher betrachtete - ist in meinen Augen gut, aber ich nehme nicht an, dass dies in den nächsten Jahren eine Lösung für die Gemeinde Köniz ist. Der Vertrag mit der Stadt Bern ist eine optimale Lösung für alle Beteiligten und ich bitte euch, dem Geschäft zuzustimmen.

*Einstimmig (Ziffer 1, 2 und 3) fasst das Parlament folgenden*

### **Beschluss**

- 1. Das Parlament nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderates von 28. Juni 2006.*
- 2. Das Parlament beschliesst die Teilrevision des Abfallreglements vom 20. August 2001 gemäss vorgelegtem Entwurf.*
- 3. Der Gemeinderat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.*

#### 4. Motion Rohrbach/Lagger betr. Start Projektierung einer Ballsporthalle

Erstreckung der Erfüllungsfrist 0311; Direktion Bildung und Sport

**Herr Valentin Lagger (CVP; GPK-Sprecher):** Ich nehme erstens mit Freude zur Kenntnis, dass sich die Stadt Bern das zur Diskussion stehende Bauland auf dem Areal Weissenstein - das der Burgergemeinde gehört - sichern konnte. Ich nehme zweitens erfreut zur Kenntnis, dass die Abteilung Bildung und Sport der Gemeinde Köniz zusammen mit dem Sportamt der Stadt Bern an der Erarbeitung eines Raumprogrammes ist. Dies im Hinblick auf einen allfälligen Architekturwettbewerb. Weiter nehme ich erfreut zur Kenntnis, dass die Direktion Bildung und Soziales der Gemeinde Köniz dem Gemeinderat so bald als möglich eine Planstudie vorstellen und den Antrag für einen allfälligen Projektierungskredit stellen wird. Im Text der Motion (0311) aus dem Jahr 2003 ist festgehalten, dass der Gemeinderat beauftragt wird, die Planung sofort an die Hand zu nehmen und dem GGR - heute Parlament - einen Projektierungskredit zur Genehmigung vorzulegen. Der Antwort des Gemeinderates darf ich entnehmen, dass dieser Projektierungskredit spätestens am 20. August 2007 beantragt wird, was mich wiederum sehr freut. Ich erkläre mich mit der Fristerstreckung einverstanden.

**Herr Daniel Krebs (SVP):** Die SVP-Fraktion ist der Meinung, es sei der richtige Weg, zusammen mit der Stadt Bern, ein Raumprogramm zu entwickeln, das die Grundlage für die weitere Planung einer Ballsporthalle sein wird. So kommen wir den nicht kleiner werdenden Bedürfnissen nach noch mehr guten Trainingsmöglichkeiten für den Breiten- und Spitzensport einen Schritt näher. Die SVP-Fraktion stimmt der Fristverlängerung um zwei Jahre zu.

**Frau Ursula Wyss (GFL):** Das Bedürfnis nach einer Ballsporthalle ist nicht neu. Eine solche Halle allein zu bauen, übersteigt jedoch unsere finanziellen Möglichkeiten massiv. Deshalb ist die Lösung, eine Ballsporthalle zusammen mit der Stadt Bern zu realisieren, sehr vernünftig. Der Standort ist nun klar und mit der Planung kann begonnen werden. In dem Sinn stimmen wir Grünen klar der Verlängerung der Erfüllungsfrist der Motion 0311 zu. Etwas liegt uns jedoch noch am Herzen: Die Gemeinde Köniz benötigt in unseren Augen in erster Linie eine Ballsporthalle für den Breitensport. Wir wissen alle, wie schwierig es für Vereine ist, Trainingsmöglichkeiten zu finden. Für uns steht deshalb nicht im Vordergrund, in dieser Halle Tribünen für viele Zuschauer zu integrieren. Im Wankdorf steht eine Ballsporthalle mit 2'000 Zuschauerplätzen zur Verfügung, die nicht ausgelastet ist. Die Könizer Vereine können ihre internationalen Begegnungen dort abhalten, die Entfernung ist nicht gross. Es ist in unseren Augen nicht notwendig, dass jede Gemeinde eine komplette Infrastruktur zur Verfügung stellt. Die neue Ballsporthalle würde mit dem Weglassen von Zuschauertribünen wesentlich günstiger zu stehen kommen.

**Herr Christoph Salzmann (SP):** Die SP-Fraktion freut sich auch, dass in Bezug auf die Ballsporthalle nun etwas geht. Für uns steht vor allem - wie Ursula Wyss antönte - die Förderung des Breitensports im Vordergrund. Dies im Sinne von Gesundheitsförderung und Prävention. Es ist auch gut für den Standort Köniz, wenn in dieser Sache etwas geht. Wir haben ebenfalls Freude am geplanten Standort, der mit dem öffentlichen Verkehr gut erreichbar und ein gutes Beispiel für gemeindeübergreifende Zusammenarbeit ist. Im vorhergehenden Geschäft haben wir diesen guten Kurs bestätigt. Für die SP-Fraktion gehört aber eine Ballsporthalle nicht unbedingt zum Grundbedarf, sondern eher etwas in Richtung "nice to have". Das sage ich hier auch an die Adresse jener Parlamentsmitglieder, die der SP vorgeworfen haben, sie fordere nur und setze keine Prioritäten. Für uns ist klar, dass Kindertagesstätten oder andere Projekte unter Umständen wichtiger sind. Doch nichts gegen die vorliegende Fristverlängerung. Eine neue Ballsporthalle ist ein Bedarf und wir freuen uns, dass sie realisiert werden kann. Wäre seinerzeit die verlangte Steuererhöhung um einen Zehntel von bürgerlicher Seite nicht bekämpft worden, wäre ein grösseres Polster für solche Projekte vorhanden. Wir stimmen der Fristverlängerung der Motion 0311 zu.

**Herr Valentin Lagger (CVP):** Eine Bemerkung zu dem von Ursula Wyss geäusserten Wunsch, zwar eine grosse Halle für den Breitensport zu realisieren, diese jedoch nicht mit Zuschauertribünen für Besucher von Spitzensportanlässen (Zeiler Köniz, Floorball Köniz) auszustatten: Mit der Realisierung einer Ballsporthalle mit Zuschauertribünen, wird Breitensport gefördert, weil ihm durch diese zusätzliche Halle eine kleinere für Trainings zur Verfügung

steht. Mir ist auch nicht bekannt, dass im Rahmen einer Verlängerung der Erfüllungsfrist Wünsche geäussert werden können, was ich jedoch gerne mache: Bei der Realisierung der Lerbermatt-Turnhallen wurde bewusst auf eine grosse Halle verzichtet, weil der Spitzensport in diesen Räumlichkeiten nicht erwünscht war. Dasselbe passierte zum Teil in der Halle des OZ Köniz. Wir haben in der Gemeinde Köniz jedoch zwei Grossclubs - Zeiler Köniz (Volleyball) und Floorball Köniz (Unihockey) - die national und international Matches austragen und die Zustände bei solchen Veranstaltungen im OZK oder in der Lerbermatt schreien zum Himmel. Die Situation kann beim Ausbrechen von Panik an beiden Orten sehr gefährlich werden, denn allzu oft müssen sich über 1'000 Zuschauer in die engen Tribünen quetschen. Die von Ursula Wyss vorgeschlagene Lösung, dass die Vereine ihre internationalen Matches in der Wankdorfhalle austragen können, hat auch ihre Tücken, denn diese Halle kann von Vereinen, die nicht in der Stadt Bern ansässig sind, nur sehr spärlich gemietet werden und ausserdem sind die Tarife sehr hoch. Deshalb leistet eine Halle, die sowohl durch den Breiten-, wie auch den Spitzensport genutzt werden kann, einen wesentlichen Beitrag zur Förderung des Breitensports.

**Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Zuerst danke ich für die Verlängerung der Erfüllungsfrist der Motion 0311. Zu den gefallenem Voten äussere ich mich nicht mehr im Einzelnen. Valentin Lager kam auf das Votum von Ursula Wyss bereits zu sprechen und ich hätte hier Ähnliches geäussert. Ich weise euch auf Folgendes hin: Letzten Freitag konnte der Presse entnommen werden, dass Swiss Volley die Ballsporthalle Liebefeld mit dem Bronze-Label für ihre innovative Tätigkeit auszeichnet. Das ist ein Zeichen dafür, dass nebst den professionellen Clubs in der Gemeinde Köniz auch auf unteren Stufen etwas passiert. Die Auszeichnung ist nicht nur für Köniz allein, sondern für die ganze Region wichtig, da die Volley Schule Liebefeld von Schülerinnen aus einem grossen Umkreis besucht wird. Wünsche, wie von Ursula Wyss oder Valentin Lager, können immer angebracht werden, aber im jetzigen Zeitpunkt wollen wir froh sein, dass wir zusammen mit der Stadt Bern ein Projekt ausarbeiten können. Ich bin optimistisch, dass wir etwas realisieren können, denn die Burgergemeinde Bern sprach sich deutlich für den Bau einer Ballsporthalle auf dem Areal Weissenstein aus. Wir müssen uns jedoch nichts vormachen. Die finanziellen Mittel müssen zuerst vorhanden sein und darüber werden wir noch diskutieren.

*Einstimmig fasst das Parlament folgenden*

### **Beschluss**

*Die Frist für die Erfüllung der Motion Rohrbach/Lager betr. Start Projektierung einer Ballsporthalle und Vorlegen eines Projektierungs-Kredites (0311) wird um zwei Jahre, d.h. bis am 20. Oktober 2007 verlängert.*

## **5. Motion SP/JUSO-Fraktion betr. flexible Arbeitszeiten Exekutive**

Erstreckung der Erfüllungsfrist 0402; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Frau Stephanie Staub (SP):** Dies ist das zweite Geschäft, das ich von der heutigen Gemeinderätin Katrin Sedlmayer übernommen habe. Der alte Gemeinderat verpasste die Chance, im Rahmen der Neuverteilung der Aufgaben gleichzeitig die Pensen anzupassen. Zudem wäre eines der alten Legislaturziele gewesen, eine bessere Verteilung der Vollzeit- und Teilzeitstellen sowie den Ausgleich betreffend Stellenverhältnisse von Mann und Frau in der Verwaltung anzustreben. Die Motionäre haben zur Kenntnis genommen, dass sich der neu zusammengesetzte Gemeinderat mit der Motion auseinandersetzt. Am 1. Mai 2006 wurde die Neuverteilung der politischen Aufgaben und Führungsverantwortungen in Kraft gesetzt. Uns ist klar, dass sich der neu gewählte Gemeinderat zuerst mit den neuen Aufgabenverteilungen vertraut machen, damit arbeiten und Erfahrungen sammeln muss, um dem Parlament ein neues Pensenmodell präsentieren zu können. Da die Durchführung eines Teilzeitmodells erst auf die neue Legislatur vom 1. Januar 2010 vorgenommen werden kann, ist kein Zeitdruck vorhanden. Deshalb sind wir gespannt auf den 21. Juni 2008, wenn uns der Gemeinderat seinen Vorschlag des neu zusammengesetzten Gemeinderates vorlegt und sind bereits jetzt überzeugt, dass flexible Arbeitspensen die Könizer Voll- und Nebenämter noch attraktiver machen werden, und dies hoffentlich auch für Frauen. Wir stimmen deshalb der Verlängerung der Erfüllungsfrist um zwei Jahre zu.

**Herr Hansueli Pestalozzi (GB):** Die Grünen haben die Motion 0402 betr. flexible Arbeitszeiten Exekutive bereits bei der ersten Behandlung unterstützt und wir tun dies nun auch für die Verlängerung der Erfüllungsfrist um zwei Jahre. Uns geht die Motion jedoch zu wenig weit. Wir wünschen eine Flexibilisierung der Pensen, damit der Unterschied zwischen Voll- und Nebenämtern aufgehoben werden kann. Anlässlich der Wahlen im November 2005 wurde ersichtlich, wie kompliziert und unüberschaubar das Könizer Wahlprozedere für die Stimmberechtigten ist. Wir haben vier Ebenen - Parlament, vollamtlicher Gemeinderat, nebenamtlicher Gemeinderat und Gemeindepräsidium - zu wählen. Ich habe ausserhalb des Parlamentes niemanden getroffen, der dieses Wahlprozedere wirklich begriffen hat. Auch wurde ersichtlich, welche schwer nachvollziehbaren Auswirkungen das System hat, denn jene Gemeinderätin mit dem besten Resultat wurde schlussendlich nicht gewählt. Wir sind der Meinung, drei Ebenen seien genug. Das heisst konkret, wir plädieren für das Modell 1 + 6, mit welchem der Gemeindepräsident/die Gemeindepräsidentin ein Vollamt besetzen würde und alle anderen Gemeinderätinnen/Gemeinderäte je ein 50-Prozent-Pensum, was total 400 Stellenprozenten entspricht. Aber die Pensen wären - wie im Thuner-Modell - flexibel; d.h. das Gemeindepräsidium ist gegen unten und die Pensen der Gemeinderätinnen/Gemeinderäte sind gegen oben und unten flexibel. Das jetzt geschilderte Modell hätte diverse Vorteile: Es ist einfach und transparent und der Volkswille käme besser zum Ausdruck. Es ist attraktiv für Frauen und für Personen aus der Wirtschaft, da neben dem Gemeinderat ein zweites Arbeitsfeld in Familie, Wirtschaft oder Politik entstehen könnte. Durch die Teilzeitarbeit hätten die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte einen vertieften Einblick in andere Bereiche, die sie in ihre Arbeit einfließen lassen könnten. Ich stelle fest, dass grosse Industriebetriebe und Unternehmungen häufig in Teilzeit geführt werden, da deren Direktionen oft viele Verwaltungsmandate innehaben. Zum Zeitplan: Wir müssen die Lehren aus den letzten Wahlen ziehen, d.h. bevor die Wahlvorbereitungen beginnen, müssen die Änderungen beschlossen sein, damit die Kandidatinnen und Kandidaten wissen, auf was sie sich einlassen.

**Herr Gemeindepräsident Luc Mentha:** Ich nehme die Ausführungen von Herrn Pestalozzi mit Interesse zur Kenntnis. Wir werden diese Fragen im Rahmen der - so hoffe ich - verlängerten Erfüllungsfrist beantworten. Ich bitte euch, der Verlängerung der Erfüllungsfrist zuzustimmen und dann werden wir das Geschäft an die Hand nehmen.

*Mit 34 Stimmen zustimmend, 1 teilweise zustimmend und 3 Enthaltungen (Ziffer 1) und einstimmig (Ziffer 2) fasst das Parlament folgenden*

### **Beschluss**

- 1. Das Parlament nimmt Kenntnis vom Stand des Projektes neue Aufgabenverteilung im Gemeinderat/Regierungsreform.*
- 2. Die Frist für die Erfüllung der Motion SP/JUSO-Fraktion (0402) wird um zwei Jahre, d.h. bis zum 21. Juni 2008 verlängert.*

## **6. Motion Kommission K2005 betr. notwendige Strukturanpassungen**

Erstreckung der Erfüllungsfrist 0405; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Herr Valentin Lager (CVP):** In der Kommission bürgerte sich der "Running Gag" ein, von K5002 zu sprechen, denn es ist etwas paradox, im Zusammenhang mit K2005 von zukünftigen Veränderungen in der Gemeinde Köniz zu sprechen. Zur Erinnerung an das, was wir uns seit ungefähr sechs Jahren erträumen und erhoffen, sei hier nochmals aufgezählt, was wir - wahrscheinlich mit der Verlängerung der Erfüllungsfrist - fordern: Ein Modell zur integrierten Aufgaben- und Finanzplanung, das eine flächendeckende Gliederung der Gemeinderechnung in Produktgruppen beinhaltet. Eine neue und vor allem NPM-orientierte Aufgaben- und Projektplanung mit sauber und gemäss NPM verteilten Kompetenzen zwischen Gemeinderat und Parlament. Letztendlich entsprechende parlamentarische Instrumente, welche den neuen Gegebenheiten angepasst sind und die neuen Kompetenzen effizient wahrnehmen lassen. Das alles wurde im Jahr 2000 angedacht, im Jahr 2004 per Motion gefordert und ist heute - im Jahr 2006 - im Rahmen der zu beschliessenden Erstreckung noch immer auf dem Tisch. Der Gemeinderat legte im März 2006 anlässlich einer K2005-Sitzung einen von der Kommission geforderten Zeitplan vor. Dieser Zeitplan besagt, dass für das Jahr 2008 eine produktorientierte Gliederung vorgesehen sei. Ich muss nun feststellen, dass wir dem Zeitplan ein paar

Wochen nachhinken. Die Mitglieder von K2005 gehen selbstverständlich nach wie vor davon aus, dass der Gemeinderat seinen eigenen Zeitplan einhalten will und deshalb wollen wir den heutigen Beschlussesentwurf im Sinne des gemeinderätlichen Zeitplanes vom März 2006 mit einem zweiten Satz ergänzen: "Im Sinne des Zeitplanes aus der Parlamentssitzung vom März 2006 wird das Budget 2008 erstmals als Produktegruppenbudget unterbreitet." Produktegruppenbudget heisst in dem von uns angedachten Sinn eine einfache Zusammenstellung mit Nettozahlen für die grosse überwiegende Anzahl von Produkten. Aus dem Budget wird dann herauszulesen sein, wie viel welches Produkt netto kostet. Dann wird es einige - die Anzahl ist noch festzulegen - Produkte geben, die wir Parlamentsmitglieder gerne in die Tiefe behandelt sähen. In diesem Sinne sind wir mit der Fristverlängerung der Motion einverstanden und hoffen, dass uns im Jahr 2008 erstmals ein solches Budget vorliegen wird.

**Herr Gemeindepräsident Luc Mentha:** Ich bin der Meinung, dass der Antrag von Valentin Lagger nicht notwendig und auch etwas verwirrt ist. Die Kommission 2005 hat ihre Arbeit gut aufgenommen und wir haben die Inhalte der IAFP (Integrierte Aufgaben- und Finanzplanung) erklärt. Die Verhandlungen laufen, die weiteren Termine sind festgelegt und der von Valentin Lagger beantragte Zusatz ist in meinen Augen nicht nötig.

**Herr Christian Burren (parteilos):** Das Ziel von K2005 ist nichts anderes als die Erfüllung der Motion, um deren Erstreckung der Erfüllungsfrist wir hier diskutieren. Der Gemeinderat versprach uns letzten Herbst, die Motion zu erfüllen und ich gehe davon aus, dass er sich an dieses Versprechen halten wird. In der Zwischenzeit sind drei ehemalige Mitglieder von K2005 - Katrin Sedlmayer, Urs Wilk und Ueli Studer - in den Gemeinderat gewählt worden und sie kennen die Erwartungen des Parlaments an den Gemeinderat. Ich bin zuversichtlich, dass wir einen Konsens finden werden. Die neu zusammengesetzte Kommission 2005 traf sich an einer ersten Sitzung im Juni 2006. Man kam zum Schluss, einen Ausschuss zu bilden, der sich zusammen mit der Kerngruppe - die Vorschläge zuhanden von K2005 erarbeitet hat - treffen will und dies in Form einer Klausurtagung. Die Mitglieder von K2005 waren der Meinung, vom Gemeinderat nicht nur zu fordern, sondern auch eigene Vorschläge einzubringen. An dieser Klausurtagung wurde ein in den Augen der Kommissionsmitglieder gutes Ergebnis erzielt. Infolge der Sommerferien konnte das Ergebnis jedoch erst an der ersten Gemeinderatssitzung nach den Ferien, d.h. am 16. August 2006 behandelt werden. Da der Gemeinderat sowie die Finanzabteilung etwas Zeit benötigen, das an der Klausurtagung erreichte Ergebnis näher zu prüfen und dann zuerst dem Ausschuss und anschliessend der Gesamtkommission K2005 vorzulegen, war es nicht möglich, am 18. August 2006 eine Sitzung der Gesamtkommission einzuberufen; die Frist war zu kurz. Deshalb kamen Gemeindepräsident Luc Mentha und ich zum Schluss, diese Sitzung zu verschieben, die nun zur bereits genannten Verzögerung in der Grössenordnung von rund drei Wochen führt. Am Endziel, im Jahr 2008 ein leserliches Budget vorzulegen, wollen wir jedoch festhalten. Die letzten Budgetdebatten waren doch recht frustrierend, weil für uns "Normalsterbliche" das Budget kaum mehr lesbar ist. Ich gehe davon aus, dass mit der Fristverlängerung für die Erfüllungsfrist ein Konsens gefunden wird, der allen dient. Die SVP-Fraktion wird der Verlängerung der Erfüllungsfrist zustimmen. Aufgrund dessen, was Gemeindepräsident Luc Mentha vorhin gesagt hat, bin ich der Meinung, der Antrag von Valentin Lagger ist nicht notwendig. Ich nehme jedoch den Gemeinderat in die Pflicht, sein Versprechen betreffend Endziel einzuhalten.

**Herr Hugo Staub (SP):** Ich bin bereits seit einiger Zeit Mitglied von K2005 und nun spüre ich zum ersten Mal wirklich den Willen zur Zusammenarbeit. Die Gemeindeverwaltung hat sich mit der Bildung einer Kerngruppe und mit der Vergabe eines externen Auftrages gut organisiert. Das gab es aus der Sicht von K2005 zeitweilig zu bemängeln. Mit der Bestätigung der neuen Mitglieder von K2005 hat das Parlament die parlamentarische Steuerung ein Stück weit an K2005 delegiert. Ich gehe davon aus, es ist nicht notwendig, dies mit einem zusätzlichen Antrag wieder zu übersteuern und K2005 quasi zu übergehen. Für Detailfragen und inhaltliche Diskussionen sind die von uns gewählten Kommissionsmitglieder zuständig und Gesprächspartner zum Gemeinderat. Wenn das Parlament aus formalen Gründen heute nicht mit der Frage der Fristverlängerung konfrontiert wäre, würde dieses Traktandum nicht aufgeführt sein und demzufolge kein Zusatzantrag von Valentin Lagger vorliegen. Deshalb wird die SP-Fraktion dem Antrag von Valentin Lagger nicht zustimmen, der Verlängerung der Erfüllungsfrist der Motion hingegen schon.



**Herr Valentin Lagger (CVP):** Ich ziehe meinen Antrag zurück, jedoch nicht ohne meine Überraschung kundzutun, dass vonseiten des Gemeinderates erklärt werden kann, es sei nicht nötig, dass das Parlament verlangen könne, der von ihm vorgelegte Zeitplan sei so umzusetzen. Ich kann der Argumentation von Hugo Staub durchaus folgen, mein Antrag sei eine unnötige Verdoppelung.

*Einstimmig fasst das Parlament folgenden*

### **Beschluss**

*Die Frist für die Erfüllung der Motion Kommission K2005 (0405) wird um zwei Jahre, d.h. bis am 21. Juni 2008 verlängert.*

## **7. Motion CVP betr. Bau einer Ballsporthalle**

Beantwortung 0526; Direktion Bildung und Soziales

**Herr Valentin Lagger (CVP):** Zuerst danke ich Gemeinderat Ueli Studer für die Beantwortung der Motion. Ich bin mir völlig bewusst, dass sie in die gleiche Ecke abzielt, wie die Motion 0311 betr. Start Projektierung einer Ballsporthalle, deren Erfüllungsfrist wir vorhin verlängert haben. Wir versuchten, mit dieser Motion, die in unseren Augen etwas eingeschlafene Angelegenheit aus dem Jahr 2003 wieder zu beleben und mit einer neuen Idee zu versehen. Die neue Idee ist die Zusammenarbeit mit der Stadt Bern, welche - wie wir gehört haben - bereits im Rollen ist. In dem Sinne bin ich dankbar, dass der Gemeinderat die Motion annehmen will. Bezüglich der Abschreibung habe ich noch zwei, drei Bemerkungen anzubringen: In meinem Demokratieverständnis ist eine Motion erst dann als erfüllt und abschreibungswürdig zu betrachten, wenn das mit der Motion Geforderte erledigt ist. Das ist bei der vorliegenden Motion noch nicht der Fall, also sehe ich nicht ein, weshalb sie abgeschrieben werden soll. Man kann einerseits durchaus der Meinung sein, die vorliegende Motion sei überflüssig, weil an der Realisierung einer Ballsporthalle bereits gearbeitet wird. Andererseits muss ich sagen, ob die Motion 0526 in der Liste der unerledigten Vorstösse aufgeführt ist oder nicht, bereitet niemandem Schmerzen. Wir haben vorhin die Erfüllungsfrist der Motion 0311 verlängert, die eine Projektierung allgemein fordert. Weshalb nun gerade diese Motion abgeschrieben werden soll, die präzise eine Zusammenarbeit mit der Stadt Bern fordert, kann ich nicht ganz verstehen. In meinen Augen würde hier die falsche Motion abgeschrieben. Ich werde mich gegen diese Abschreibung wehren, die jedoch, wie ich - leider etwas traurig und leicht verärgert - einzelnen Voten von Parlamentsmitgliedern im vorhergehenden Geschäft entnehmen muss, höchstwahrscheinlich abgeschrieben wird. Ich kann den Argumentationen, insbesondere jener aus der SP-Fraktion, nicht ganz folgen, die eigentlich für die Nichtabschreibung ist, aber weil sie aus der falschen Ecke kommt, trotzdem für die Abschreibung der Motion stimmen wird. In dem Sinne bitte ich das Parlament, die Motion anzunehmen und nicht abzuschreiben.

**Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Ich kann das Votum von Valentin Lagger verstehen. Wir sprechen hier jedoch von einer Ballsporthalle und zwei Vorstössen dazu. Der Gemeinderat versuchte, die vorliegende Motion 0526 in die Motion 0311 einzubringen. Was uns nach meiner Meinung nicht schlecht gelungen ist, wie auch du in deinem Votum vorhin erklärt hast. Es macht keinen Sinn mehr, die Motion 0526 zu belassen und deshalb bitte ich das Parlament, die Motion anzunehmen und abzuschreiben.

**Herr Rolf Zwahlen (EVP):** Ich bitte euch, die Motion anzunehmen, aber nicht abzuschreiben. Ich bin der gleichen Meinung wie die SP-Fraktion: Wenn es darauf ankommt, wo Geld einzusetzen ist, gibt es Wichtigeres als Geld für eine Ballsporthalle. Aber dem Argument, es lägen zwei Motionen für genau dasselbe Anliegen vor, sollten wir nicht folgen, denn die Forderungen sind nicht dieselben. Die Motion 0311 fordert den Start der Projektierung, während die Motion 0526 einen Antrag ans Parlament fordert. Da der Gemeinderat diesen Antrag nicht stellte, ist die Motion 0526 als nicht erfüllt zu betrachten. Wir sollten nach meiner Meinung vermeiden, Motionen abzuschreiben, die noch nicht ganz erfüllt sind.

**Frau Ursula Wyss (GFL):** Im Traktandum 4 sagte ich im Namen der GB/GFL-Fraktion Ja zu einer neuen Ballsporthalle. Deshalb ist klar, dass wir die vorliegende Motion annehmen. Sie ist in unseren Augen jedoch überflüssig und könnte abgeschrieben werden, um so mehr, als die Forderung der Motion 0311 konkreter ist. Man kann aber auch erklären, doppelt genäht hält besser. Ob Abschreibung oder nicht, darüber waren wir uns in der Fraktion nicht einig. Sie sei

abzuschreiben, erklären die einen, weil bereits eine Motion vorhanden sei, deren Erfüllungsfrist wir verlängert haben. Die anderen sind der Meinung, die im Motionstext verlangte Planung liege noch nicht vor und deshalb könne sie nicht abgeschrieben werden. Ich persönlich bin der Meinung, dass beide Motionen erst dann abgeschrieben werden können, wenn die Grobplanung steht und der Antrag ans Parlament vorliegt.

**Herr Hugo Staub (SP):** Wenn Valentin Lagger vorhin sagte, die SP-Fraktion wolle die Motion 0526 abschreiben, weil sie aus der falschen Ecke komme, betrachte ich dies als grobe Missinterpretation eines Votums. Wir sind für die Realisierung einer Ballsporthalle, das wurde deutlich erklärt. Die Aussage jedoch, dass wir die Motion abschreiben wollen, weil sie aus der falschen Ecke komme, ist nicht richtig. Im Kern haben beide Motionen dasselbe Anliegen, die eine verlangt einen Projektierungskredit für die Realisierung einer Ballsporthalle und die andere einen Antrag an das Parlament für dasselbe, was jedoch nichts anderes als ein Projektierungskredit sein kann. Im Sinne eines effizienten Systems kann eine der beiden identischen Motionen ohne Weiteres abgeschrieben werden.

**Herr Bernhard Bichsel (jfk):** Sportinfrastruktur ist sehr wichtig, das ist uns allen bekannt und wer die Jungfreisinnigen kennt, weiss, dass wir uns schon lange für die Realisierung einer Ballsporthalle einsetzen. Der FDP/jfk-Fraktion ist jedoch nicht klar, weshalb die vorliegende Motion abzuschreiben ist. Die Motionen 0311 und 0526 fordern nicht dasselbe. In Motion 0526 wird explizit die Zusammenarbeit mit der Stadt Bern gefordert und diese Forderung ist zur Zeit noch nicht erfüllt. Das mag etwas formaljuristisch sein, aber aus genannten Gründen stimmen wir der Abschreibung nicht zu.

Ich komme noch auf ein in Traktandum 4 gefallenes Votum zurück, bei welcher es um Priorisierung ging. Für mich heisst Priorisieren, eine Auswahl treffen und die SP priorisiert in dem Sinne, weil sie zu allem ja sagt. Ich muss Christoph Salzmann enttäuschen: Wäre die verlangte Steuererhöhung damals angenommen worden, wäre dieses Geld heute bereits ausgegeben. Mehr Polster wäre hingegen vorhanden, wenn man damit begonnen hätte, richtig zu priorisieren. Von Steuererhöhungen zu sprechen, wenn diese bereits zu hoch sind, kann ich nicht verstehen.

**Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Mich freut, dass das Parlament für die Realisierung einer Ballsporthalle ist, ob jetzt die Motion 0526 abgeschrieben wird oder nicht. Ich erkläre nochmals, dass wir in der Motion 0311 das eingeflochten haben, was mit der Motion 0526 gefordert wird. Aus diesem Grund macht es wenig Sinn, zwei fast gleiche Motionen, welche sich nur in Nuancen unterscheiden, aufrechtzuerhalten. Ich bitte euch, Motion 0526 abzuschreiben.

**Herr Valentin Lagger (CVP):** Mir ist klar, dass dies hier der Streit um des Kaisers Bart ist. Letztendlich gehe ich mit Hugo Staub einig, es sei nicht unbedingt notwendig, dass zwei Vorstösse zu einer Sache vorhanden sind, die dasselbe fordern. Ich nehme vonseiten der SP-Fraktion sehr freudig zur Kenntnis, dass ich einer Fehlinterpretation unterlag. Ich werde jedoch nicht der Abschreibung meiner Motion zustimmen, bevor auch nur "ein Stein gesetzt ist". In Traktandum 4 wurde die Erfüllungsfrist der Motion 0311 bis zum 20. Oktober 2007 verlängert. Wird die Motion 0526 angenommen und nicht abgeschrieben, ist die Frist bis zu deren Erfüllung bis zum 21. August 2008. Wenn ich - weil es nach den gefallenen Voten nach einer Abschreibung der Motion aussieht - nach dem 20. August 2007 "keinen Stein gesetzt sehe", werden wir einen neuen Vorstoss einreichen. Ob solches effizient ist, bleibe dahingestellt.

*Mit 37 : 1 Stimmen (Annahme der Motion) und 20 : 15 Stimmen, bei 3 Enthaltungen (Abschreibung der Motion), fasst das Parlament folgenden*

### **Beschluss**

*Die Motion CVP betr. Bau einer Ballsporthalle wird erheblich erklärt und abgeschrieben.*

## **8. Motion Grüne Köniz betr. Luftreinhaltung geht alle an**

Beantwortung 0603; Direktion Umwelt und Landschaft

**Herr Jan Remund (GFL):** Wir Grüne von Köniz stimmen dem Antrag des Gemeinderates zu, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Soweit erklären wir uns mit dem Gemeinderat einig. Die Antwort selber enttäuscht uns jedoch; wir haben sogar Zweifel daran, ob der Gemeinderat

das Thema wirklich Ernst nimmt. Die Luft in Köniz ist nach wie vor schlecht, das ist der Beilage des Verwaltungsberichtes, "Köniz in Zahlen" zu entnehmen. Zudem wurden in Bern und in Zimmerwald die Ozongrenzwerte in diesem Sommer während 287, respektive 365 Sonnenstunden überschritten; erlaubt ist die Überschreitung jedoch nur während einer Sonnenstunde. So schlimm war die Situation seit längerem nicht mehr. Das Verhalten und die Antwort des Gemeinderates mag für eine Gemeinde in der Grösse von Oberbalm angemessen sein, jedoch nicht für die "Stadt" Köniz. Der Gemeinderat erkennt richtig, dass vor allem in der Öffentlichkeitsarbeit etwas zu tun ist. In unseren Augen sollte bei starker Luftbelastung ein Konzept vorhanden sein, welches das Verhalten der Bevölkerung verbessern würde. Die Grünen Köniz erwarten in der nächsten Zeit konkrete Schritte in diese Richtung.

**Frau Ursula Wyss (GFL):** Vor nicht ganz drei Jahren stand ich zu genau diesem Thema hier am Rednerpult. Ich reichte einen Vorstoss ein, der den Gemeinderat aufforderte, von Kanton und Bund geeignete Massnahmen zur Ozonverminderung zu verlangen. Das Postulat wurde mit 29 : 0 Stimmen angenommen, leider jedoch mit 19 : 18 Stimmen abgeschrieben. Ich sage leider, weil in der Zwischenzeit nichts passiert ist. Im letzten Winter kam nun noch die massive Belastung durch Feinstaub hinzu. Die Antwort auf den heutigen Vorstoss ist genau so enttäuschend. Ganze Absätze und Sätze sind, wie vor drei Jahren, nichtssagende Floskeln, wie z.B. "es sollte abgeklärt werden", "der Gemeinderat ist bereit", "der Gemeinderat will sich dafür einsetzen". Das sind in meinen Augen Lippenbekenntnisse. Ich stelle zu diesem Thema eine riesige Hilflosigkeit fest und höre immer wieder die Ausrede, dass auf Gemeindeebene nichts oder fast nichts vorgenommen werden könne. In meinen Augen kann man das aber. Folgende Massnahmen könnten ins Auge gefasst werden: Geschwindigkeitbeschränkungen, verbilligte Abonnemente für den öffentlichen Verkehr, ein Obligatorium für Partikelfilter usw. Ganz wichtig wäre nach meiner Meinung die Einführung eines umfassenden Mobilitätsmanagements, das neben Beratung und Information vor allem planerische Massnahmen beinhalten sollte, wie z. B. ein besseres Fusswegnetz oder ein durchgängiges Velowegnetz. Ich erinnere hier an einen weiteren Vorstoss, der noch nicht umgesetzt ist, nämlich die Motion 0413 betr. Fuss- und Veloweg zwischen Schliern und Schlatt. Als Fazit schreibt der Gemeinderat, ein umfassendes Massnahmenbündel sei notwendig. Das ist in meinen Augen richtig. Leider ist der Satz danach wieder nichts als reine Floskel und für mich enttäuschend.

**Herr Hanspeter Kohler (FDP):** Die meisten - aber nicht alle - Argumentationen sind sachlich richtig, jedoch sind die geforderten Massnahmen auf der falschen Stufe, d.h. Gemeindeebene, angesetzt. Zuerst noch eine Korrektur sachlicher Art zum Motionstext: In der Motion steht Folgendes geschrieben: "3'700 Menschen sterben in der Schweiz Jahr für Jahr alleine an der Belastung durch Feinstaub". Solche Formulierungen führen zu Fehlinterpretationen. Schaut man in der genannten Referenz nach, im 106-seitigen Werk "Massnahmenplanung zur Luftreinerhaltung 2000 - 2015" der Volkswirtschaftsdirektion (beco), ist folgender Text zu finden: "**So rechnet** das Bundesamt für Raumentwicklung in einer 2004 veröffentlichten Studie in der Schweiz mit rund 3'700 frühzeitigen Todesfällen pro Jahr als Folge der Feinstaubbelastung." Diese Todesfälle sind demnach nicht belegt. Ich will hier keine Wortklauberei betreiben, aber der Motionstext stimmt so nicht. Ich empfehle euch im Übrigen, diesen Massnahmenplan zu lesen, weil er bereits stattgefundene Erfolge deutlich darstellt. Kurzemissionen - Schwefeldioxid, Stickoxid - wurden seit den Achtzigerjahren bis zu 80 Prozent reduziert und Immissionen - Schwefeldioxid, Kohlenmonoxid - um bis zu 70 Prozent. Wir haben jedoch ein Problem bei den Stickstoffdioxiden, beim Ozon und beim Feinstaub. Es fand zwar eine Reduktion statt. Die Grenzwerte werden jedoch immer wieder überschritten. Auf Gemeindeebene ist es sehr schwierig, sinnvolle und umfassende Massnahmen durchzuführen, mit welchen die erhöhten Grenzwerte reduziert werden können. Der Grund dafür: Die Schadstoffe werden über grosse Distanzen verfrachtet und somit sind mindestens kantonale Massnahmen nötig und gefragt. Das trifft besonders fürs Ozon, aber auch für das so genannte PM10 (lungengängiger Feinstaub) zu. Der richtige Weg ist die Umsetzung des kantonalen Massnahmenplanes zur Luftreinerhaltung 2000 - 2015. Da es unbestritten ist, dass durch intermittierend schlechte Luftqualität gesundheitliche Probleme entstehen können, ist die Mehrheit der FDP/jfk-Fraktion bereit, den Vorstoss als Postulat anzunehmen, um eventuelle, aber sinnvolle Massnahmen auch auf Gemeindeebene mindestens zu prüfen. Die möglichen Massnahmen auf Stufe Gemeinde sollen aber nicht zu einer unverhältnismässigen Einschränkung des Individualverkehrs führen. Betreffend Informationen: Wir alle wurden während des letzten Winters mit

Informationen von Kanton, Bund und Medien richtiggehend überflutet. Ich sehe nicht ein, weshalb die Gemeinde auch noch aktiv werden soll.

**Herr Christian Burren (parteilos):** Gerade mir als Landwirt liegt die Erhaltung der Natur nahe, die Landwirtschaft lebt mit und von der Natur. Will man Massnahmen zur Luftreinerhaltung ergreifen, sollten diese national oder zumindest kantonal koordiniert werden. Die SVP-Fraktion wird der Umwandlung in ein Postulat zustimmen. Wir haben vorhin von Ursula Wyss gehört, dass Geschwindigkeitsreduktionen eine mögliche Massnahme zur Luftreinerhaltung sein können. Ich möchte zu bedenken geben, dass diese Massnahme hauptsächlich Hochgeschwindigkeitsstrassen (Autobahnen) betrifft, auf welchen über 80-Stundenkilometer gefahren werden kann. Auf unserem Gemeindegebiet sind nicht viele solcher Strassen vorhanden.

**Herr Martin Graber (SP):** Köniz ist eine grosse Gemeinde, aber leider haben wir keine Lufthoheit und können somit die verschmutzte Luft nicht an der Gemeindegrenze stoppen. Genau so wenig können wir andere Gemeinden oder den Kanton per Motion zu Handlungen verpflichten. Deshalb ist die SP-Fraktion mit dem Fazit des Gemeinderates und der Umwandlung in ein Postulat einverstanden. Zum Inhalt: Leider ist die Luftqualität nicht gut, im Juli lag die Ozonbelastung fast durchwegs über dem Grenzwert von 120 Milligramm pro Kubikmeter, der pro Jahr nur während einer Stunde überschritten werden dürfte. Grenzwerte sind keine Schikanen, sondern sie sollen der Erhaltung der Gesundheit dienen. Es geht also um uns. Die dauernde Überschreitung von Grenzwerten, die Diskrepanz zwischen gesetzlicher Vorschrift und Realität, verlangt nach einem aktiven politischen Handeln. Es geht nicht an, dass die Bevölkerung ständig massive Grenzwertüberschreitungen ertragen muss und keine aktive Abhilfe vorgenommen wird. Für politische Reaktionen sind in unseren Augen vor allem Kanton und Bund gefordert. Mit der Umsetzung können wir jedoch bereits jetzt beginnen, denn letztendlich ist jeder selber dafür verantwortlich, wenn sich etwas ändern soll. Die SP kämpft auf allen Ebenen für bessere Lebensbedingungen und saubere Luft ist ein wichtiger Teil davon, weil wir nicht einfach mit Atmen aufhören können. Wir müssen jedoch am richtigen Ort kämpfen. Deshalb kämpfen wir im Nationalrat, im Ständerat, in den Kantonsparlamenten, aber auch in Gemeindeparlamenten. Ich erinnere an Vorstösse der SP-Fraktion betreffend Mobilitätsmanagement oder Mobilitätsset, an das Mobility-Carsharing, an den Minergiestandard beim Bauen. Wir bleiben dran und unterstützen den Antrag des Gemeinderates, denn wir wollen, dass die möglichen Massnahmen wirklich ernsthaft geprüft werden.

**Frau Gemeinderätin Rita Haudenschild (GB):** Ich danke für die wohlwollenden, aber auch für die kritischen Voten. Die Beantwortung der Motion war schwierig, denn wie von einigen Votanten bemerkt wurde, ist die Gemeinde nur in wenigen Bereichen zuständig und kann wirklich handeln. Ich möchte zuerst auf zwei Beispiele in der neusten Entwicklung auf Bundesebene eingehen und anschliessend auf die Anliegen der Motionärinnen und Motionäre. Der Bund hat im Bereich Verkehr im Juli 2006 die Empfehlung herausgegeben, Raumplanung und Luftreinhaltung besser zu koordinieren und zu verknüpfen. Das heisst, dass Einrichtungen, die viel Verkehr erzeugen, nicht weit weg von Städten und Agglomerationen eingerichtet werden sollen, sondern in deren Nähe. Damit entstehen weniger gefahrene Kilometer, was weniger Abgase verursacht und somit für eine bessere Luftqualität sorgt. Bei grossen Holzfeuerungen von über 70 Kilowatt will der Bund die Staubgrenzwerte verschärfen. Das sind Massnahmen, die langfristig wirken. Kurzfristige Massnahmen, wie in der Motion gefordert, sind ausnehmend schwierig zu erfüllen. Dass sie schnell, unkompliziert und dazu noch wirksam umgesetzt werden können, kommt der Quadratur des Kreises gleich und ist in der Politik sehr schwierig. Im letzten Winter zeigte eine ungeplante Notfallmassnahme Wirkung: Infolge eines Wasserleitungsbruches am täglich stark befahrenen Bollwerk musste der Verkehr für eine Woche umgeleitet werden. Da dort eine Immissionsmessstelle vorhanden ist, konnte festgestellt werden, dass der PM10-Wert nach drei Tagen um 11 Prozent tiefer lag.

Zu den Anliegen der Motionärinnen und Motionäre: Hanspeter Kohler sagte bereits, dass viel informiert werde und noch mehr Informationen nicht notwendig seien. Der Gemeinderat ist jedoch der Meinung, immer wieder auf den Zusammenhang zwischen Luftqualität und Gesundheit aufmerksam zu machen und ist gerne bereit, im "Köniz Innerorts" Informationen erscheinen zu lassen. Eine zweite wichtige Massnahme, die von Ursula Wyss genannt wurde: Im Bereich Raumplanung gilt es, den Modalsplit zugunsten des öffentlichen Verkehrs und des Fuss- und Veloverkehrs zu verbessern. Für die Agglomeration Bern ist diese Massnahme für

die nähere und mittlere Zukunft sogar zwingend, denn eine Prognose geht in den nächsten 10 bis 15 Jahren von einer Zunahme des Verkehrs von 20 Prozent aus. Um diesen Mehrverkehr in unserer Agglomeration abwickeln zu können, sind Massnahmen vor allem für die Förderung des Umstiegs auf Fuss-, Velo- und öffentlichen Verkehr notwendig. Ihr konntet lesen, dass wir im Rahmen des Mobilitätsmanagements neben Sensibilisierungskampagnen, im Bereich Arbeitsverkehr den Umstieg vom Auto aufs Velo fördern wollen. Wir haben auch im Sinn, in diesem Bereich planerische Massnahmen zu prüfen. Soll der Gemeinderat planerische Massnahmen an die Hand nehmen, wie z.B. das Fusswegnetz attraktiver zu gestalten, braucht es die Unterstützung des Parlamentes.

Mein Fazit und auch jenes des Gesamtgemeinderates: Die Gemeinde kann wenige wirklich wirksame Massnahmen in eigener Kompetenz erfüllen. Der Gemeinderat ist froh, dass sich die Motionärinnen und Motionäre mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden erklären und ist gerne bereit, dieses entgegenzunehmen.

*Mit 33 Stimmen, bei 5 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden*

### **Beschluss**

*Die Motion Grüne Köniz betr. Luftreinhaltung geht alle an (0603) wird als Postulat erheblich erklärt.*

## **9. Interpellation Grüne Köniz betr. Gefährdung der Velofahrenden beim sanierten Bahnhof Moos**

Beantwortung 0610; Direktion Planung und Verkehr

**Herr Jan Remund (GFL):** Ich fahre fast jeden Tag am Bahnhof Moos vorbei und deshalb ist mir die Gefährdung der Velofahrenden aufgefallen. In meinen Augen werden beim Bahnhof Moos die Velofahrenden dazu missbraucht, die Autofahrenden zum Langsamfahren zu zwingen. Als ich Vertreter der Verkehrsabteilung auf diesen Umstand aufmerksam machte, erklärten sie mir, dass sie beim Anblick des vollendeten Bauwerks erschrocken seien. Auf den Plänen sei dies nicht so ersichtlich gewesen. Das hohe Perron mit Gitterabschluss und die enge Fahrbahn mit Mittelinseln ist keine optimale Lösung. Die Antwort des Gemeinderates ist in meinen Augen unkonkret und die Situation kann nicht mit jener von Gasel verglichen werden. Aus meiner Sicht sind weitere Massnahme notwendig, wie z.B. eine Verschiebung der Mittelinsel Richtung Köniz. Ich erkläre mich von der Antwort des Gemeinderates teilweise befriedigt und verlange Diskussion.

Da mehr als 10 Stimmen eine Diskussion unterstützen, wird diese gewährt.

**Herr Ignaz Caminada (CVP):** Da ich auf meinem Arbeitsweg mit dem Velo beim Bahnhof Moos durchfahre, kenne ich diesen Strassenabschnitt sehr gut. Zuerst möchte ich festhalten, dass ich ausgesprochen dankbar bin, dass dieses Jahrhundertwerk endlich realisiert ist. Ich entschuldige mich für die kommende Äusserung, aber ich habe das Gefühl, dass nicht in jedem Arbeitssektor so viel Zeit vorhanden ist, etwas zu realisieren. Nachdem die häufig sehr gefährlichen Situationen für Velofahrende während der Bauphase endlich verschwunden waren, atmete ich auf. Ich bin mit der Umsetzung des Kernziels, den Konflikt Strasse/Bahn zu entschärfen, zufrieden. Bei näherer Betrachtung der Situation beim Bahnhof Moos sind die aufgeworfenen Punkte der Interpellation berechtigt. Velofahrende profitieren von der Sanierung des Bahnhofs Moos am wenigsten. Im Gegenteil, sie müssen die meisten Federn lassen. Verengungen von Strassen wirken sich immer zu Ungunsten der schmalsten Verkehrsteilnehmenden, d.h. der Velofahrenden aus. Leider verging auch viel Zeit, bis die Höchstgeschwindigkeit von Tempo 60 auf 50 reduziert wurde. Diese Temporeduktion zeigt für Velofahrende vor allem in Fahrtrichtung Köniz Wirkung, nur noch wenige Autofahrende zwängen sich zwischen Mittelinsel und Velofahrenden durch. Jene Autofahrenden, die das waghalsige Überholmanöver trotzdem vornehmen, stehen dann zwei Minuten später an der Ampel in Köniz an, sie haben mit dem riskanten Manöver somit keine Sekunde gewonnen. Ich habe auch Mühe damit, wenn der Gemeinderat die Situation im Moos mit jener beim Dorfeingang in Gasel vergleicht. Die Äusserung, dass sich alle Verkehrsteilnehmenden erst an neue Situationen gewöhnen müssen, stimmt. Das wird auch beim Bahnhof Moos der Fall sein. Aber es ist längst nicht alles gut, an das man sich gewöhnt hat. Obwohl wir noch Sommer haben, appelliere ich schon heute an die Verantwortlichen für die Schneeräumung: Bei der sehr

engen Passage im Moos muss der Schnee speziell beseitigt und kann nicht einfach an den Strassenrand gestossen werden. Im letzten Winter blieben nach Schneefall und kaltem Wetter danach für lange Zeit grosse gefrorene Schneehaufen liegen. Solche Schneehaufen haben zur Folge, dass Velofahrende nicht innerhalb des Velostreifens fahren können.

**Herr Martin Graber (SP):** Natürlich sind auch wir von der SP-Fraktion froh, dass dieser gefährliche Bahnübergang endlich saniert wurde. Positiver Nebeneffekt ist auch, dass der Ortsteil Moos durch die Umgestaltung als Wohnort wesentlich gewonnen hat. Für Velofahrende ist jedoch eine gefährliche Situation entstanden, die aber nicht mit jener in Gasel vergleichbar ist. Die Tempo-50-Tafel ist nach meiner Meinung zu wenig weit vom Ende des Velostreifens entfernt und viele Autofahrende fahren dort noch zu hohe Tempi, was die Situation äusserst gefährlich macht. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Für uns stellt sich auch die Frage, ob es wirklich nicht absehbar war, dass das Perron auf 55 cm erhöht wird. Diese Höhe ist in meinen Augen bereits seit längerem Standard. Wir sind froh, dass erste Anpassungen bereits vorgenommen wurden, weitere sind jedoch unumgänglich. Wenn die angekündigten Videountersuchungen wirklich gefährliche Situationen aufzeigen, muss gehandelt werden. Man kann nicht wieder warten, bis Schlimmes passiert. Die SP-Fraktion stimmt im Prinzip mit den Einschätzungen des Gemeinderates überein, insbesondere was die Anzahl der Benützer des Bahnübergangs angeht.

**Herr Christian Burren (parteilos):** Für mich als direkt Betroffener ist die Sanierung des Bahnhofes Moos richtiggehend sagenhaft. Es mutet merkwürdig an, wenn erklärt wird, man habe sich die Situation auf dem Plan nicht so richtig vorstellen können. Während der Projektierungsphase wurde lange darüber diskutiert, ob wirklich genug Platz vorhanden sei, das Perron auf der Strassenseite zu realisieren. Das sei kein Problem, wurde uns entgegen gehalten. Die Kantonsstrasse könne ruhig ein wenig verschmälert werden, damit würden die Autofahrenden etwas abgebremst. Nun sind auf der Seite Mengestorfbergstrasse anstelle des ehemaligen Perrons Bäume gepflanzt und Parkplätze errichtet worden, damit der Platz ausgenützt ist. Ich habe einige Fragen: Als das Projekt auftrag, waren Fussgängerstreifen unterhalb des Perrons in Richtung Köniz, oberhalb des Perrons in Richtung Gasel und beim Bahnübergang zwischen Moos und Gasel vorgesehen. Wieso wurde nur der unterste Fussgängerstreifen markiert und bei den zwei übrigen die Inseln zwar erstellt, die Fussgängerstreifen jedoch nicht aufgemalt? Eine weitere Frage: Tempo 50 wurde realisiert, aber ausgangs Moos - wo der Fussgängerstreifen aufgemalt sein sollte - ist bereits wieder Tempo 80 erlaubt. Das ist in meinen Augen mehr als gefährlich, denn oft wird Tempo 80 nicht eingehalten. Bei der Aufgleisung des Projektes war auf diesem Abschnitt eine Höchstgeschwindigkeit von 60-Stundenkilometern vorgesehen. Wie gehört, wurde das Verhalten der Verkehrsteilnehmenden per Video geprüft. Das ist in meinen Augen richtig, aber wenn für die Kontrolle von Vandalismus keine Kamera aufgestellt werden darf, weshalb dann für diese Überwachung?

**Herr Hansueli Pestalozzi (GB):** Ich gehöre auch zu den regelmässigen Velofahrenden auf dieser Strecke und ich stelle nicht nur dort, sondern ganz allgemein fest: Immer wenn es eng wird und Velostreifen wichtig wären, genau dann hören sie auf. Ich fordere die Vertreter der Gemeinde auf, auch an engen Stellen Velostreifen aufzuzeichnen, damit die Lastwagen- und Lieferwagenfahrenden Velofahrende als Verkehrsteilnehmende und nicht als Hindernis wahrnehmen. Wenn von Modalsplit gesprochen wird und mehr Autofahrende aufs Velo umsteigen sollen, geht es nicht mehr ohne solche Massnahmen. Ängstlichen Velofahrenden kann ich beim Bahnhof Moos folgende Lösung aufzeigen: Wenn keine Wartenden am Bahnhof stehen, kann über das erhöhte Perron gefahren werden. Sind Wartende am Bahnhof, kann via Bahnübergang die alte Strasse bis zum neuen Bahnübergang zwischen Moos und Gasel gefahren werden. Das sind meine "Selbstverteidigungsstrategien für Velofahrende", bis dereinst die Markierungen verbessert sind.

**Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Ich danke herzlich für die fundierten und kritischen Voten betreffend Bahnübergang Moos. Ich erkläre Folgendes zum "Jahrhundertwerk": Meines Wissens war es nicht einfach, das Projekt aufzugleisen, da noch Schwierigkeiten betreffend eines Landkaufes vorhanden waren. Das Projekt wurde aufgrund eines Vorstosses realisiert und das eigentlich Geforderte, die gefährliche Situation des schrankenlosen Bahnüberganges zu beheben, die zwei Todesopfer forderte, ist erfüllt. Nicht erreicht wurde eine ideale Situation für Velofahrende. Bei der Aufgleisung des Projektes war ich noch nicht dabei

und ich weiss nicht, weshalb die Erhöhung des Perrons erst ganz zum Schluss bemerkt wurde. Die Velofachstelle des Kantons wurde begrüsst und sie erklärte sich mit dem Projekt einverstanden. Zu den Videoaufnahmen erkläre ich Folgendes: Während eines Tages wurden beim Bahnhof Moos Videoaufnahmen gemacht und ausgewertet. Es stellte sich heraus, dass die Situation nicht optimal ist und es war ersichtlich, dass sich die Velofahrenden nicht wohl und an den Rand gedrängt fühlen. Aufgrund der ersten Videoaufnahmen wurden Massnahmen getroffen. Das Gelände wurde im Bereich des Perronaufganges gekürzt, die Entwässerungssteine wurden versetzt und ausserhalb der Entwässerungssteine eine weisse Randmarkierung aufgemalt. Die Signalisationskennzeichnung für Hindernisse beim Perronaufgang wurde versetzt und alles wurde markiert und signalisiert. In einer Nachuntersuchung werden Mitte September wiederum während eines Tages Videoaufnahmen gemacht und analysiert. Aufgrund dieser zweiten Aufnahmen wird entschieden, ob noch weitere Massnahmen notwendig sind. Ich bin dankbar für die Tipps wie die Verschiebung der Mittelinsel Richtung Köniz oder die Verschiebung der Tempo-50-Tafel. Betreffend Schneeräumung: Ich kann die von Ignaz Caminada geäusserten Wünsche anbringen, aber da die Schwarzenburgstrasse Kantonsstrasse ist, wird der Winterdienst nicht durch die Gemeinde Köniz geleistet. Ich kann die Fragen, welche die Markierung der Fussgängerstreifen betreffen, nicht beantworten, werde dies jedoch abklären. Die Frage, weshalb bis zum Bahnübergang zwischen Moos und Gasel nicht Höchsttempo 60 gilt, beantworte ich wie folgt: Diese Strecke gilt als Ausserortszone und in solchen Zonen erlaubt der Kanton keine Tempo-60-Zonen. Betreffend fehlender Velostreifen erkläre ich Folgendes: Velostreifen können nur dort aufgemalt werden, wo die Fahrbahn breit genug ist. Zur Frage von Christian Burren betreffend Videoaufnahmen: Diese Videoaufnahmen dauern jeweils nur einen Tag und die gefilmten Personen sind nicht erkennbar, dies im Gegensatz zu Videoaufnahmen bei Gefahr von Vandalismus, wo die Personen erkannt werden müssen. Ich werde euch die Auswertung der zweiten Videoaufnahmen zur Kenntnis bringen und auch, welche weiteren Massnahmen getroffen werden. Ich hoffe, dass wir eine für alle Verkehrsteilnehmenden gute Situation schaffen können.

*Der Interpellant erklärt sich von der Antwort des Gemeinderates teilweise befriedigt.*

## **10. Dringliche Interpellation Stucki (FDP), Maibach (Grüne GB/GFL) betr. Einflussmöglichkeiten des Gemeindeparlamentes im Rahmen der Agglomerationsstrategie**

Beantwortung 0615; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Herr Mark Stucki (FDP):** Parlamente sind anscheinend ein Hindernis auf dem Weg zu effizienten und handlungsfähigen Regionalkonferenzen, so steht es in den Vorbemerkungen zur Antwort des Gemeinderates geschrieben. Bei Angelegenheiten, welche die künftigen Regionalkonferenzen betreffen, sei es einem Parlament unmöglich, seiner eigenen Exekutive ein klares Mandat zu erteilen, dies steht in der Antwort zu Frage 3. Gross überrascht bin ich von diesen Antworten nicht. Ich erwartete sie mehr oder weniger in diesem Sinne. Viel Neues ist nicht dabei. Die Antwort fasst gut zusammen und bestätigt, wo die grosse Problematik der geplanten Agglomerationsstrategie liegt. Die Antwort zeigt auf, dass wir als Gemeindeparlament - nicht nur in der Gemeinde Köniz - gefordert sind, uns zu informieren, zu reagieren und uns einzumischen. Es kann nicht sein, dass die demokratisch legitimierte Volksvertretungen der Gemeinden bei der - eigentlich sinnvollen - regionalen Zusammenarbeit nicht als Chance und Partner, sondern als Belastung betrachtet werden und als Zuschauer gerade noch geduldet sind. Ich bin überzeugt, dass es für bestehende Volksvertretungen eine Rolle geben kann und muss, ohne die Funktionsfähigkeit von Regionalkonferenzen zu gefährden; auch dann, wenn alle Beteiligten Kompromisse eingehen müssen. Ziemlich schizopren ist auch die Tatsache, dass bei dieser Angelegenheit zwar wichtige Grundsatzentscheidungen bereits gefällt sind, gleichzeitig aber viele Details noch völlig unklar sind. Ich habe den Eindruck, dass gerade die Frage der Kommunalparlamente schlicht verschlafen wurde, dies vielleicht gewollt. Was die Substanz der Antwort des Gemeinderates auf die Interpellation angeht, erkläre ich mich - vor allem aus demokratiepolitischen Überlegungen - nicht befriedigt. Das ist jedoch nicht der Fehler des Gemeinderates. Er nahm Abklärungen vor und legte die Situation dar. Von der gemeinderätlichen Arbeit erkläre ich mich befriedigt. Im Ganzen gesehen erkläre ich

mich von der Antwort des Gemeinderates teilweise befriedigt.

**Herr Urs Maibach (GB):** Ich versuchte vorhin, noch vor Mark Stucki, als Mitunterzeichner der Interpellation, Diskussion zu verlangen.

Da mehr als 10 Stimmen eine Diskussion unterstützen, wird diese gewährt.

**Herr Urs Maibach (GB):** Da mir dieses Thema sehr am Herzen liegt, danke ich für die gewährte Diskussion. Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung unserer Fragen. Ich stelle fest, dass bezüglich Umsetzung der Agglomerationsstrategie immer noch eine Unsicherheit herrscht. Vieles ist noch nicht klar genug. Das zeigt auch die Antwort des Gemeinderates, in welcher er schreibt, dass in der aktuellen Vorbereitungsphase nur wenige verbindliche Angaben gemacht werden können. Es hänge zu vieles davon ab, wie die Agglomerationsstrategie dereinst konkret und im Einzelnen vollzogen werde. Genau das ist unser Dilemma. Wir haben nichts mehr dazu zu sagen und dabei ist vieles nicht klar definiert. Aus diesem Grund befriedigt uns der Inhalt der Antwort des Gemeinderates nicht. Ich kann mir vorstellen, dass der Gemeinderat für einige dieser Fragen nicht der richtige Ansprechpartner ist. Aber gerade die Frage, wie das Parlament innerhalb der Gemeinde einbezogen werden kann, ist Aufgabe des Gemeinderates und hier erwarte ich entsprechende Vorkehrungen und Lösungen. Wir wurden bisher regelmässig durch Berichte des Gemeinderates informiert, für welche ich danke. Bei diesen Berichten - die unbedingt beibehalten werden sollen - handelt es sich jedoch lediglich um eine Information. Ich freute mich, der gemeinderätlichen Antwort zu entnehmen, dass der Gemeinderat bereit ist, Konsultativabstimmungen Ernst zu nehmen und zu prüfen. Ich denke, das ist eine gute Möglichkeit, die Mitwirkung des Parlamentes einzubinden. Wenn ein Parlament eine Vorlage mit einer grossen Mehrheit begrüsst, wird es für die Vertretung an der Regionalkonferenz schwierig, dort nein zu sagen.

Mit dieser dringlichen Interpellation wollen wir nicht nur den Gemeinderat, sondern uns als Parlament sensibilisieren und mobilisieren. Gerade für uns als Gemeindeparlament müssen folgende Fragen wichtig sein: Was wird sich ändern, was bleibt? Welche Rolle spielen wir in zwei Jahren noch? Die Rolle des Gemeindeparlamentes wird eingeschränkt, d.h. die demokratische Mitwirkung stösst an ihre Grenzen. Die Rolle muss noch genau definiert werden. Ich betrachte es als problematisch, wenn das Parlament als Effizienzbremse und Hindernis bezeichnet wird. Ich glaube noch nicht, dass nur wenige Geschäfte der Regionalkonferenz Änderungen erfahren werden, sondern ich bin überzeugt, dass der Kompetenzverlust des Parlamentes gross sein wird. Die Vorlage liegt nun zur Weiterverarbeitung beim Kanton, sie wird auch noch durch den Grossen Rat verabschiedet. Eine entsprechende Einflussnahme von unseren Vertretern in diesen Gremien wird demnach sehr wichtig sein und ich hoffe, sehr nützlich werden. Ich erkläre mich von der Antwort des Gemeinderates teilweise befriedigt.

**Frau Anna Mäder (SP):** Die SP-Fraktion ist mit der Antwort des Gemeinderates zufrieden. Wir haben Verständnis dafür, dass der Gemeinderat heute nicht in der Lage ist, alle Fragen abschliessend zu beantworten. Das liegt - wie hier erwähnt wurde - in der Natur der Sache, es sind noch wichtige Entscheide zu treffen und dieser Prozess ist am Laufen. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass das Parlament mit Sicherheit ein waches Auge auf die Entwicklung halten muss. Nach Möglichkeit muss dafür gesorgt werden, Einfluss nehmen zu können, und der Prozess muss sicher verfolgt werden. Wir dürfen nicht vergessen, dass am Schluss die Stimmbevölkerung das letzte Wort haben wird und wir im Parlament in diesem Prozess - wie üblich - vorbereitende Funktionen wahrnehmen werden. Aber und das scheint uns ebenso wichtig zu sein: Änderungen müssen nicht unbedingt negativ sein. Die regionale Zusammenarbeit soll dazu helfen, den Grossraum Bern politisch besser zu positionieren. Es kann sogar sein, dass die Bevölkerung mit den neuen Instrumentarien in Teilgebieten sogar neue demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten erhalten wird. Die Welt und ich meine damit auch unsere Umgebung - die Gemeinde Köniz und die dazugehörige Region - änderte sich in den letzten Jahren grundlegend. Siedlungs- und Verkehrsfragen können wir unmöglich für uns allein in der Gemeinde lösen. Diesen Realitäten müssen wir uns heute stellen, ob es uns passt oder nicht. Das heisst, wir müssen Planungsinstrumentarien schaffen, die diesen neuen Realitäten gerecht werden, was wiederum heisst, dass sich vielleicht etwas ändern wird und gewisse Kompetenzen möglicherweise neu geregelt werden. Bei diesen Änderungen dürfen wir uns nicht nur darauf fokussieren, unser eigenes Gärtchen zu pflegen. Verkehrs- und Siedlungsfragen, aber auch Fragen der Kulturfinanzierung, können in Zukunft nur auf regionaler Ebene



effizient gelöst werden. So stellt der Bund z.B. Millionenbeträge für Agglomerationen zur Verfügung, aber diese Millionen werden ganzen Regionen und nicht einzelnen Gemeinden zugesprochen. Unser Interesse muss sein, dass wir in diesen Entscheidungsgremien und Entscheidungsprozessen angemessen einbezogen und vertreten sind. So gesehen kann sich diese Entwicklung mit genügend Weitsicht sogar für das eigene Gärtchen als fruchtbar erweisen.

**Herr Valentin Lagger (CVP):** Im Anschluss an das Votum von Anna Mäder habe ich eine Verständnisfrage: Ich bin mit der Aussage einverstanden, dass sich das Parlament in diesen Prozess miteinbringen muss und seine Interessen wird vertreten müssen. Frage 3, ob einzelfallweise eine Mandatierung des Gemeindepräsidenten durch das Parlament möglich sei (allenfalls aufgrund eines parlamentarischen Vorstosses), wird klar mit Nein beantwortet, das sei in den Umsetzungsvorlagen nicht vorgesehen. Hier stellt sich mir die Frage, ob die Umsetzungsvorlage derart dramatisch wichtig ist, dass man sich erlauben kann, einen normalen demokratischen Prozess ausser Kraft zu setzen und vonseiten des Kantons dem Gemeindeparlament gesagt wird, es dürfe dem Gemeindepräsidium nicht sagen, was es eigentlich wünsche. Wenn dem so wäre, müssten wir uns als Parlament ganz andere Einflussmöglichkeiten und Wege überlegen.

**Herr Gemeindepräsident Luc Mentha:** Ich danke für die interessanten Voten, die ich sehr aufmerksam verfolgte. Mit dieser dringlichen Interpellation wurden grundlegende Fragen ange-rissen und der Gemeinderat hatte ferienbedingt wenig Zeit, diese gründlich zu besprechen. Wir versuchten so gut als möglich, eine vorläufige Stellungnahme abzugeben und ich bin froh, dass sie mit einer teilweise befriedigten Kenntnissnahme einigermaßen gewürdigt wurde. Vom Grundsatz her unterstützt der Gemeinderat die Agglomerationsstrategie und das Projekt SARZ (Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit). Das Reformmodell soll sich nach unserer Auffassung aber auf die Politikbereiche Siedlung, Verkehr und Kulturförderung beschränken. Nach Auffassung des Gemeinderates wird keine vierte Staatsebene entstehen. Darüber kann man sich streiten, aber im Prinzip ist diese Aussage richtig. Vor allem bei der Siedlungsplanung und bei der Verkehrsinfrastrukturplanung müssen die bisherigen kommunalen Instrumente besser aufeinander abgestimmt werden. Die regionale Koordination ist zu verstärken, damit die Siedlungsentwicklung vermehrt in der Nachbarschaft von Verkehrsinfrastruktur - vor allem des öffentlichen Verkehrs - passiert und die Pendlerproblematik besser angegangen werden kann. Ich erinnere an das Votum meiner Gemeinderatskollegin Rita Haudenschild im Zusammenhang mit der Luftreinhaltung. Es geht genau um das und das kommunale Denken muss in dieser Beziehung überwunden werden. Es geht somit darum, dass wir die Rahmenbedingungen, in welchen sich die Region Bern bewegt, politisch, wirtschaftlich oder unter dem Aspekt der Lufthygiene ganzheitlich betrachten und verbessern. Die Region Bern befindet sich im Wettbewerb mit anderen Grossräumen wie dem Bassin lémanique, dem Raum Zürich oder dem Raum Basel. Wie von Anna Mäder erwähnt wurde, geht es um die Bundesmittel, welche aller Voraussicht nach in nicht zu unterschätzender Höhe für den Agglomerationsverkehr zur Verfügung gestellt werden. Der Bund setzt voraus, dass in den Regionen koordinierte Absichten mit entsprechenden Trägerschaften vorhanden sind. Verpassen wir in dieser Hinsicht den Zug, wäre dies ein schwerer Schaden für die Region Bern. Das zweite Thema ist die Kultur und hier ist die Überzeugung des Gemeinderates vorhanden, dass der Abschluss von Kulturverträgen mit einem einfacheren Verfahren möglich sein sollte als mit mehr als zwei Dutzend Volksabstimmungen jeweils alle vier Jahre.

Soweit es für mich zur Zeit in diesem Reformmodell erkennbar ist, gibt es im Bereich der Siedlungs- und Verkehrsrichtplanungen keinen Kompetenzverlust der Parlamente, jedenfalls nicht in Köniz. Kommunale Richtplanungen in diesen beiden Politikbereichen sind heute zu Recht Sache des Gemeinderates. Sie sind behördenverbindlich und wenn dem Parlament, ausgehend von einer solchen Richtplanung dann eine konkrete ortsplanerische Massnahme - eine Überbauungsordnung oder eine Änderung eines Zonenplanes mit Baureglement - vorgelegt wird, hat dieses die Freiheit, darüber zu debattieren und den richtigen Entscheid zu fällen. Richtplanungen waren jedoch noch nie Sache des Parlamentes. Das ist meine heutige Diagnose und ich sehe in diesem Punkt nicht, wo wir das Parlament als Hindernis betrachten würden oder wo es irgendwelche Kompetenzen verlieren würde. Im Bereich der Kultur werden mit SARZ gewisse Vereinfachungen angestrebt und dort - wie ich es heute beurteile - kann es um einen gewissen Kompetenzverlust der Parlamente gehen. Aber auch der Gemeinderat

wird Kompetenzen verlieren und er ist im Interesse der Sache bereit dazu. Auch der Kanton wird im Bereich des Strassenbauprogrammes und in anderen Planungsbereichen Kompetenzen verlieren und diese an regionale Konferenzen delegieren. Auch er ist - bis jetzt jedenfalls - im Interesse der Sache dazu bereit. Ich bitte euch, den Gesamtzusammenhang nicht zu vergessen, der meiner Meinung nach sehr wichtig ist. Wir werden euch Ende Jahr wiederum einen Bericht erstatten, damit die Diskussion erneut geführt werden kann.

## 11. Verschiedenes

Folgende Vorstösse sind eingereicht worden:

0617 Motion SVP betr. Verbreiterung der Strassenbrücke Birchernstrasse

0618 Motion Berlinger-Staub (SP) betr. Abstimmungs- und Wahlunterlagen für interessierte Ausländerinnen und Ausländer in der Gemeinde Köniz

**Herr Gemeindepräsident Luc Mentha:** Am 13. März 2006 genehmigte das Parlament für die Sanierung und den Ausbau der Alterssiedlung Hessgut auf der Basis einer Wettbewerbsstudie einen Verpflichtungskredit in der Höhe von 3,5 Millionen Franken und ermächtigte den Gemeinderat, Änderungen vorzunehmen, soweit diese nötig sind und den Rahmen des Bauprojektes und des Kredites nicht sprengen. Das Projekt sah unter anderem den Bau eines Attikageschosses mit vier kleinen Wohnungen vor. Bei der Weiterbearbeitung des Projektes wurde entdeckt, dass eine privatrechtliche Baubeschränkung auf dem südlichen Teil des Gebäudes eine Projektanpassung notwendig macht. Diese Anpassung führt dazu, dass im Attikageschoss nur drei neue, aber grössere Wohnungen realisiert werden können. Diese Orientierung geschieht auf Wunsch der GPK. Die Kostenfolgen und allfällige Auswirkungen auf die Bruttorendite werden zur Zeit abgeklärt und wir werden euch, nach Absprache mit der GPK, erneut informieren.

**Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Valentin Lagger stellte an der letzten Sitzung Fragen betreffend Vandalenakten an Verkehrsschildern an der Muhlernstrasse. Der Werkhof ist zuständig für die gemeindeeigene Signalisation und den Strassenunterhalt. Da die Muhlernstrasse Kantonsstrasse ist, ist die Gemeinde Köniz hier nicht verantwortlich. Wir haben Herrn Samuel Lappert, Strasseninspektor des Kantons Bern, angefragt und er nahm wie folgt Stellung: Die Kosten für die Ersetzung der defekten Verkehrsschilder gehen vollumfänglich zu Lasten des Kantons. Anzeigen gegen Unbekannt nimmt der Kanton nur dann vor, wenn die Schadenssumme hoch ist. Entlang der Muhlernstrasse seien die Kosten nicht sehr hoch und der Aufwand einer Anzeige im Verhältnis zum Ertrag sei viel zu gross. Die Frage, ob Einwohnende der Gemeinde Köniz Anzeige erstatten können, muss mit dem Rechtsdienst abgeklärt werden. Die Kosten für den Ersatz der durch Vandalenakte defekten Verkehrsschilder werden vom Kanton nicht separat erfasst und dessen Philosophie ist, die Verkehrsschilder so rasch als möglich in Ordnung zu bringen, damit sich die Vandalen nicht lange mit dem Schaden brüsten können. Die Frage, ob die entstandenen Schäden jeweils von Mitarbeitenden der Gemeinde bemerkt werden, kann mit ja beantwortet werden.

Wir informierten darüber, dass die frühere Kehrtrichterdeponie Gummersloch rekultiviert wird. Anscheinend wurde wiederholt die Frage gestellt, woher das Geld dafür stamme. Wenn ihr darauf angesprochen werdet, könnt ihr Folgendes weitergeben: In der Spezialfinanzierung KEGUL sind via Gebühren genügend Mittel vorhanden, um die Rekultivierung zu finanzieren.

**Herr Hugo Staub (SP):** Ich komme auf das Geschäft betr. Tempo 30 auf der Hessestrasse, vom 26. Juni 2006 zurück. Ich war über den äusserst knappen Entscheid enttäuscht. Ich bin aber auch über die Art und Weise enttäuscht, wie dieser Entscheid zustande kam. Uns interessiert die Meinung der Kollegen aus den SVP- und FDP/jfk-Fraktionen und wir möchten sie nicht erst bei der Abstimmung über den Antrag erfahren oder einen Tag später aus der Zeitung. Wir kommen hier zusammen, um miteinander zu argumentieren und zu politisieren. Ich gehe gerne davon aus, dass ihr euch nicht aus dieser Kultur verabschiedet, sondern an diesem Abend unter dem "WM-Fieber" gelitten habt. Wenn dies ein Einzelfall war, können wir damit leben. In diesem Zusammenhang gebe ich bekannt, dass im Jahr 2008 am 9. und am 16. Juni Parlamentssitzung und Europameisterschaftsspiele kollidieren werden. Am 23. Juni wäre ein spiefreier Tag.

**Der Parlamentspräsident:** Der Parlamentspräsident 2007 wird diesen Umstand bei der Ter-

minplanung 2008 sicher berücksichtigen.

**Frau Ursula Wyss (GFL):** Vor ungefähr 10 Tagen wurden erste Ergebnisse zur FLOZ-Studie (Fussgängerstreifenloses Ortszentrum) in den Zeitungen bekannt gemacht. Das FLOZ Köniz wird als Erfolg gefeiert, niemand trauere den Fussgängerstreifen nach. Das glaube ich nicht, denn in der Umfrage wurde genau diese Frage nicht gestellt. Ich zumindest vermisse die Fussgängerstreifen, obschon ich - im Gegensatz zu älteren oder behinderten Personen - hinüberrennen kann, wenn es denn sein muss. Für mich ist die Regelung, dass Fussgänger auf den Fussgängerstreifen Vortritt haben, eine Erfolgsstory. Das ist ein Vorteil für alle Fussgänger. Genau diese Fussgängerstreifen wurden vor einem Jahr im Zentrum von Köniz abgeschafft und damit wurde nach meiner Meinung die Position der Fussgänger entscheidend geschwächt. Ziemlich zynisch finde ich den Hinweis, es habe bis anhin noch keine Unfälle gegeben, denn bereits vor der Einführung von FLOZ passierte kein Unfall. Werden die Fussgängerstreifen wieder aufgemalt, wenn ein Unfall passiert? Der Nutzen, den man sich mit dem FLOZ erhoffte, nämlich einen flüssigeren Verkehr, vor allem für den öffentlichen Verkehr, wurde nicht erreicht. Man spricht jedoch nicht mehr darüber. Ein Zückerchen in Form von Tempo 30 wurde gegeben. Das finde ich zwar gut, aber die Autos konnten vorher auch nicht schneller fahren. Nach geltendem Recht dürfen in einer Tempo-30-Zone keine Fussgängerstreifen realisiert werden und deshalb sind sie weg. Es sind jedoch genug Beispiele in der Schweiz vorhanden, wo in Tempo-30-Zonen Fussgängerstreifen vorhanden sind. Für mich und für die GFL - welche sich von Anfang an gegen FLOZ aussprach - ist nur eines möglich: Zwischen Migros und Coop auf der Schwarzenburgstrasse muss wieder ein Fussgängerstreifen aufgemalt werden.

**Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Die von dir genannte Auswertung des FLOZ ist nicht von uns durchgeführt worden, sondern im Auftrag des Kantons Bern von Interface (Institut für Politikstudien). Unsere Auswertung wird am 14. September 2006 mit einer Pressekonferenz bekannt gemacht und ich kann dir schon jetzt erklären, dass du, Ursula Wyss, etwas erstaunt sein wirst. Auf deinen Einwand, dass der öffentliche Verkehr nicht flüssig durch das Zentrum von Köniz fahren kann, antworte ich Folgendes: Mehrere Anfragen bei Bernmobil haben jeweils ergeben, dass sie mit der Situation in Köniz betreffend Verkehrsfluss zufrieden sind. Der Verkehr fliesse ohne Fussgängerstreifen im Zentrum von Köniz besser.

**Frau Ursula Wyss (GFL):** Der Wabern-Leist, in dessen Vorstand ich bin, erhielt von der Gemeinde Köniz eine Orientierung zu einem Baugesuch. Es geht um die Teerung des untersten Teiles der Gurtendorfstrasse. Der Weg soll vom Parking bei der Talstation der Gurtenbahn bis zum Gurtendorf geteert werden. Damit treffen meine schlimmsten Befürchtungen ein, obschon der damalige Vorsteher PLUV, Walo Hänni, immer wieder abstritt, es werde keine Salami taktik betrieben. Der Vorstand des Wabern-Leistes überlegt sich eine Einsprache gegen das Baugesuch. Ich habe folgende drei Fragen: Wer will diese Teerung? Es ist allen bekannt, dass von Kehrsatz aus eine durchgehend geteerte Strasse ins Gurtendorf führt. Der Gurten ist ein Naherholungsgebiet für viele und zwei geteerte Strassen auf den Gurten sind zuviel. Welche Strategie verfolgt die Gemeinde Köniz? Will man grössere Lastwagen auf den Gurten fahren lassen? Will man die Bewilligungspraxis lockern? Wann genau wird das Baugesuch publiziert?

**Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Ich nehme diese Fragen entgegen und werde sie an der nächsten Sitzung beantworten.

**Frau Barbara Mooser (FDP):** Ursula Wyss, nun muss ich dir antworten. Soviel mir bekannt ist, ist die Strasse von Kehrsatz auf den Gurten bewilligungspflichtig und für die Befahrung dieser erhalten die Bewohner des Gurtendorfes keine Bewilligung. Die von dir genannte Strasse ist eine Zubringerstrasse zum Gurtendorf und dort wurden diverse Bauernhäuser renoviert. Auch benötigen die Bewohner des Gurtendorfes eine geteerte Zubringerstrasse. Die Gemeinde Köniz gibt pro Jahr bis zu 70'000 Franken dafür aus, den vom Wasser weggeschwemmten Kies zu ersetzen. Ich werde im Wabern-Leist die Meinung vertreten, es sei notwendig, die Zubringerstrasse ins Gurtendorf teeren zu lassen.

**Herr Martin Graber (SP):** Im Traktandum 1 stimmten wir dem Protokoll mit einer Änderung zu. Dies ging mir und einigen anderen etwas zu schnell. Das Protokoll ist ein Wortprotokoll aufgrund einer Tonbandaufnahme und dort ist festzuhalten, was gesagt und nicht das, was gehört wurde. Ich bitte in dem Sinn, den Blankocheck, den du für die Änderung des Protokolls

erhalten hast, verantwortungsvoll wahrzunehmen.

**Herr Valentin Lagger (CVP):** Mir ist bekannt, dass es sich um ein Wortprotokoll handelt. Zusätzlich wurde ich heute Morgen auf Art. 20 Abs. 1 Buchstabe d im Geschäftsreglement des Parlamentes aufmerksam gemacht, wo Folgendes geschrieben steht: "Das Protokoll enthält die Namen der Rednerinnen und Redner sowie den wesentlichen Inhalt ihrer Voten." Ich hörte den für mich wichtigen Teil des Votums von Gemeinderätin Katrin Sedlmayer an, bevor ich mich hier dazu äusserte. Ich musste feststellen, dass unsere Voten zum Teil "des Grauens" sind. Die Protokollführung verdient ein Lob dafür, unsere berndeutschen und grammatikalisch unkorrekten Voten ins Schriftdeutsche und Verständliche zu wandeln. In diesem konkreten Fall sagte Gemeinderätin Katrin Sedlmayer Folgendes und für mich Wichtiges: "Wir sind am Prüfen. Ich bitte euch, das Postulat im Sinne von Schulwegsicherung zu überweisen." Der Satz "wir sind am Prüfen" ging in der Beurteilung der Protokollführenden im Sinne einer etwas schlankeren Formulierung unter, ich möchte ihn jedoch im Protokoll aufgeführt haben, weil er in meinen Augen wichtig ist.

**Der Parlamentspräsident:** Das Parlamentsbüro entschied sich, die Sitzung vom 18. September 2006 mangels Traktanden nicht abzuhalten. Wir sehen uns am 23. Oktober 2006 um 19.00 Uhr.

Schluss der Sitzung um 21.20 Uhr

Für das Protokoll: Ruth Spahr

Im Namen des Parlamentes

Der Präsident

Die Sekretärin

Niklaus Hofer

Anita Fehlmann